

Artikel vom 28.03.2022



Der CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Hans-Peter Friedrich wurde erneut zum Vorsitzenden der Bundeswahlkreiskonferenz im Bundestagswahlkreis Hof-Wunsiedel gewählt. Sein Stellvertreter bleibt der Wunsiedler CSU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Martin Schöffel.

Die Bundeswahlkreiskonferenz setzt sich zusammen aus den jeweils drei Kreisvorsitzenden der CSU, der Jungen Union, der Frauen Union sowie der Senioren Union. Weiterhin gehören ihr die Mandatsträger von Bundestag, Landtag und Bezirkstag an sowie Spitzenvertreter der kommunalen Ebene.

In seinem Bericht übte Friedrich scharfe Kritik an der Energiepreispolitik der Berliner Ampelkoalition. Es sei ganz offensichtlich, so Friedrich, dass die Koalition in erster Linie die Großstädte im Blick habe und keinerlei Rücksicht auf den ländlichen Raum nehme. Der Beschluss der Ampelkoalition, nahezu kostenlos öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung zu stellen, komme ausschließlich den Bewohnern der Ballungsgebiete zugute, die öffentliche Verkehrsmittel anstelle ihres PKWs für ihren täglichen Bedarf nutzen können. Der Arbeitnehmer im ländlichen Raum, der täglich zur Arbeit fahren muss und die Familie, die Kinderbetreuung, Bildung und Versorgung organisieren müsse, werde von der Regierung ignoriert.

Die Forderungen der Union, die Mehrwertsteuer auf Benzin zu senken und die Energiesteuer dauerhaft zu reduzieren, um so den Treibstoffpreis zu senken, blieb bei der Regierung ungehört.

Friedrich versicherte, er werde zusammen mit seinen Kollegen aus anderen ländlichen Regionen im Ausschuss für Klimaschutz und Energie, dem er angehört, eine konstruktive, aber offensive Opposition sein und die Interessen der ländlichen Räume mit dem nötigen Nachdruck vertreten.

In einer ausführlichen Diskussion befassten sich die Mitglieder der Bundeswahlkreiskonferenz auch mit der Aufnahme von Flüchtlingen in unserer Region sowie einem engen Schulterschluss mit unseren Unternehmen, um Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe trotz der hohen Energiepreise zu sichern. Die Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe und die Arbeitnehmer im ländlichen Raum dürften nicht einseitig Opfer der Teuerungswelle werden.